

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Abbestellungspreis: die normal gelagerte Monatslieferung über deren
Raum 20 Pf., für Nummernanfragen 20 Pf., für die Restlieferung (nachdem
an den bestmöglichen Teil eines Zeitheftes 1,50 RM, Einzelnummern aus
mehreren von 8 Uhr an in der Expeditions Dresden-N. 1, Güterbahnhofstraße 2

Seitenspreis: frei Haus monatlich 2,50 RM (inkl. im Voraus), durch
die Post 2,75 RM (einen halben Pfennig). Ein "Arbeiterstimme" schließt sich
an, außer an Sonn- und Feiertagen. Es dürfen höhere Gebote kein
Einfluss auf Lieferung der Zeitung aber auf Zurückzahlung des Bestellspreises.

Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft mbH, Dresden-N. Güterbahnhof und Ne-
bengebäude Güterbahnhofstr. 2, Fernruf 17 202. Postfachamt: Dresden 18 000.
Sprechstunden: Montags 16-18 Uhr abg., Sprechstunde, Mittwochs 17-18 Uhr
betriebs- und arbeitsrechtl. Fragen, Freitags 16-18 Uhr journalistische Sprechstunde.

6. Jahrgang

Dresden, Freitag den 6. Juni 1930

Nummer 130

Das rote Sachsen wählt Kommunisten!

An das sächsische Proletariat!

An alle Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte, Beamte,
Erwerbslose, Kleinbauern, Mittelständler und Jugendliche!

Nach einem Jahr seines Bestehens wurde der Sächsische Landtag aufgelöst. Der Landtag der Mehrheit des reaktionären sächsischen Bürgerblocks, der von den Nationalsozialisten unterstützt wurde, besteht nicht mehr. Am 22. Juni soll der neue Landtag gewählt werden. Wieder habt ihr zu entscheiden, wie die Zusammenlegung des Landtages aussehen soll. Ein Jahr verstärkte Reaktion, riesige Erwerbslosigkeit, ein Jahr kapitalistische Nationalisierung, steigende Lebensmittelpreise, Lohnabbauoffensive und Arbeitszeitverlängerung sind für euch die Signale zum entscheidenden Kampf gegen das Unternehmertum.

Der sächsische Bürgerblock

führt gegen die arbeitenden Massen die brutalsten Terrormaßnahmen durch. Er erhöht die Lasten für die arbeitende Bevölkerung und macht den Industriellen, Großagraren und Hausbesitzern durch Steuererhöhungen und Subventionen Millionenangelegenheiten.

Polizeiknüppel, Karabiner, Maschinengewehre, Justizhaus und Gefängnis, schändliche Schiedsprüche und Antistreitjustiz wurden in Bewegung gesetzt, um die verelendeten, hungernden Massen niederzuhalten und die Profite des Unternehmertums zu erhöhen.

Die Nationalsozialisten

die das Hunger- und Unterdrückungsregiment des sächsischen Bürgerblocks unterstützen, vollführen immer schärfere Angriffe gegen die Arbeiterklasse. Mit heuchlerischen, nationalen Phrasen versuchen sie, die Arbeiter und untergehenden Kleinbauern und Mittelständler einzufangen. In Wirklichkeit richtet sich der Angriff der Nationalsozialisten nur gegen die arbeitende Klasse. Als Arbeitermörder, Kapitalknechte und Streikbrecher vollführen sie überall die Aufträge der Unternehmer. Hitler bietet keine Sturmabteilungen zur Sicherung des großkapitalistischen Eigentums an und bittet dafür um Geld bei den Kapitalisten. Die Nationalsozialisten überfallen revolutionäre Arbeiter. Sie schlagen, stechen und schießen ihre unbewaffneten Opfer nieder, sie organisieren planmäßig den Mordanschlag. Mit den Mitteln des Terrors wollen sie in die Front der revolutionären Proletariatsbewegung schlagen, die Kleinbürgerlichen Schichten gewinnen, die Zerstückelung im eigenen Lager verhindern. Die ununterbrochene Kette von Morden soll die Arbeiterklasse zermürben und dem Vormarsch des Faschismus die Bahn ebnen.

Die Terroraktion der Nationalsozialisten soll die Aufmerksamkeit der Arbeiter vom Lohnabbau und der Arbeitszeitverlängerung ablenken und damit die Unternehmeroffensive unterstützen.

Im kapitalistischen Staatsapparat treiben die Nationalsozialisten Youngsche Erfüllungspolitik. In Thüringen wälzte der Nationalsozialist Fried durch die Erhebung von 8½ Millionen neuer Massensteuern die Lasten des Youngplans auf die arbeitenden Massen ab. In Sachsen stimmten die Nationalsozialisten gegen eine Sonderbeihilfe für Erwerbslose.

Sie stimmten den kommunistischen Antrag, 50 Millionen für den Bau von Arbeiterwohnungen bereitzustellen und mit dem Talsperrenbau im Mügglitz- und Gottliebatal sofort zu beginnen, nieder. Im Ausschuss stimmten sie gegen den kommunistischen Antrag, der von der Regierung fordert, den Stilllegungsanträgen der Firma Hartmann, Chemnitz, der „Kaisergrube“, „Glückauf“ und „Marien“-Schacht die Genehmigung zu versagen. Sie stimmten gegen die kommunistische Forderung auf Aufhebung der von der Reichsregierung angeordneten Nachuntersuchungen für Kriegsbeschädigte. Sie stimmten gegen die einheitliche Festsetzung der Fürsorgegerichtsätze, ja, sie stimmten sogar gegen die von den Kommunisten beantragte Steuererleichterung und Unterstützung der kleinen Bauern.

Nur die Kommunistische Partei führt den Kampf

gegen die Herrschaft des Bürgerblocks, gegen die kapitalistischen Ausbeuter, gegen den Kapitalismus, gegen den Nationalfaschismus, gegen die Renegaten und Arbeiterverräter. Die KPD führt den Wahlkampf in enger Verbindung mit dem Kampf gegen die Unternehmerangriffe. Die KPD kämpft für den Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Sie sagt den Arbeitern, daß sie dieses Ziel nur im außerparlamentarischen Kampf, in revolutionären Massenaktionen erreichen können. Der Wahlkampf muß eine Mobilisierung des gesamten Proletariats gegen Faschismus, Unternehmerterror und Arbeiterbetrug sein.

Sozialdemokratische Arbeiter und Arbeiterinnen! Als August Bebel

Schärfster Kampf gegen die nationalsozialistischen Kapitalknechte, gegen diese Terrorbanden und Arbeitermörder, das ist die Losung des revolutionären Proletariats!

Und die Sozialdemokratie?

Um in diesem Wahlkampf die Stimmen der Arbeiter zu erhalten, um über die Taten der Hermann-Rüller-Koalition hinwegzutäuschen, um von dem Panzerkreuzerbau, der Ablehnung der Kinderspeisung, der Verschlechterung der Erwerbslosenfürsorge im Oktober 1929, der Ablehnung der Steuererhebung von dem Besitz und der Ablehnung der Forderung der KPD nach Beseitigung des 10prozentigen Steuerabzugs vom Arbeitslohn abzulenken, geben sich jetzt die sozialdemokratischen Führer den Anschein, als führten sie einen Kampf gegen Faschisten und Bürgerblock.

In Wirklichkeit haben die „linken“ sozialfaschistischen Führer den Hitler-Banden den Boden vorbereitet. Bei allen Kämpfen des revolutionären Proletariats gegen den Nationalfaschismus, bei allen Zusammenstößen mit den Nationalsozialisten entfachten die sozialfaschistischen Führer eine wilde Hege gegen die revolutionären Arbeiter und ihre führende Partei, die KPD. Sie hegen Arbeiter gegen Arbeiter, um die kämpfende Einheitsfront des Proletariats zu verhindern. Der Kampf gegen den Faschismus ist Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung. Die SPD, auch die sächsischen Führer, führen keinen Kampf gegen den Kapitalismus.

Die sächsischen SPD-Führer führen den Wahlkampf, um in Sachsen in die Große Koalition mit der Volkspartei zu gehen. Die Große Koalition bereitet dem Faschismus den Weg.

Die sozialfaschistischen Führer der reformistischen Gewerkschaften in Sachsen unternehmen nichts gegen die Hungerangriffe der Kapitalisten. Sie unterstützen vielmehr den Lohnabbau und die Arbeitszeitverlängerungsmaßnahmen, indem sie die Kampfkraft der Arbeiter zermürben und deren Kampfeswillen ersticken. Sie sind die eifrigsten Antrieber für die Koalitionspolitik in Sachsen.

Anstatt gegen den Bürgerblock zu kämpfen, unterstützte die Gewerkschaftsbürokratie die reaktionäre Bürger-Regierung.

Eine Million Mark Darlehen erhielt die Bürger-Regierung durch Vermittlung des Gewerkschaftsführers Arndt von der Arbeiterbank, eine Million Mark zur Festigung der Herrschaft des deutschen Finanzkapitals!

Die SPD lehnte die Anträge zur Verbesserung der Sozialfürsorge, für die Unterstützung der Erwerbslosen ab. Sie stimmte gegen die Arbeitsbeschaffungsanträge der kommunistischen Partei. Sie unterstützte die Betriebsstilllegungen und Massenentlassungen der Kapitalisten und lehnte die Anträge der Kommunisten gegen diese Maßnahmen ab. Sie stimmte unsere Forderung nach dem Siebenstundentag nieder. Die sozialdemokratischen Führer erklärten durch ihren Abgeordneten Hermann, Cainsdorf, daß diese Forderung für die Industrie untragbar sei. Sie billigten und verteidigten alle Terrormaßnahmen gegen das revolutionäre Proletariat. Die sozialdemokratische „Dresdner Volkszeitung“ veröffentlichte auf Grund einer ausdrücklichen Vereinbarung die Rede des Vorsitzenden des sächsischen Industriellenverbandes, Wittke, und ließ diesen kapitalistischen Scharfmacher über „Unternehmertum“ schreiben. Der „linke“ sozialdemokratische Polizeipräsident Plüßner ließ revolutionäre Jungarbeiter ermorden und verhängte am 1. Mai den Belagerungszustand. Die „linke“ SPD-Führerschaft ist mit dem kapitalistischen Staatsapparat verflochten. Als kommende Minister der Großen Koalition werden sie die Terrormaßnahmen gegen die Arbeiterklasse, die Ausbeuter- und Unterdrückungs-politik der Bürgerblockparteien nur noch verstärkt fortsetzen.

August Bebel als Todfeind der kapitalistischen Gesellschaft gegen die Parasiten und Ausbeuter. Heute wollen die sozialdemokratischen Führer eure Stimme zum Bündnis mit der kapitalistischen Gesellschaft, in der ihr ohne ausreichenden Lohn seid, in der ihr hungert und zugrunde geht.

Die Sturmjahre der proletarischen Revolution, die August Bebel im sächsischen Proletariat vorangetragen hat, muß wieder über Sachsen wehen. Sachsen muß